

Jung, Geflüchtet, Selbstbestimmt!

Statement des Frankfurter Jugendbündnisses



Wir, einige Frankfurter Jugendverbände, haben uns zusammengeschlossen, weil wir es für nötig halten – erneut – auf die mangelhaften Zustände für Geflüchtete im Raum Frankfurt und besonders für geflüchtete Jugendliche aufmerksam zu machen.

Geflüchtete erfahren auf allen Ebenen ihres Weges in ein menschenwürdiges Leben Repressionen. Diese beginnt mit der leidigen Unterscheidung von Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtlingen und der Abschottungs-Politik der EU und endet bei racial profiling am Bahnhof oder der Fahrkartenkontrolle auf dem Weg zum Deutschunterricht.

Trotz der gepriesenen „deutschen Willkommenskultur“ bleiben die Zustände für Geflüchtete hierzulande untragbar. Es mangelt an medizinischer und psychologischer Versorgung, Unterbringung bleibt nach wie vor in Provisorien und eine soziale Versorgung sowie Deutschunterricht basieren überwiegend auf ehrenamtlichem Engagement. Diese Tatsache bekommen auch wir als Jugendverbände zu spüren. Da hier staatliche Pflichten auf den Schultern von ehrenamtlichen Helfer*innen abgewälzt werden, fehlen uns die Kapazitäten für die „eigentliche“ Kinder- und Jugendarbeit für ALLE Jugendlichen. Hier hat der Staat es unterlassen, rechtzeitig Strukturen zu schaffen und wir beobachten auch heute keine Anstrengungen dem Abhilfe zu leisten.

Die Einbindung von Geflüchteten im Kinder- und Jugendalter in die Jugendverbandsarbeit oder Schaffung eines Angebots für sie gestaltet sich aber auch aufgrund weiterer Hürden als schwierig. Jugendliche Geflüchtete genießen nicht die gleiche Mobilität wie Kinder und Jugendliche in Deutschland. Rein rechtlich können sie sich aufgrund von Residenzpflicht nicht frei im Bundesgebiet bewegen. Es bedeutet einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand für Eltern und Verbände, wollen sie an Freizeiten oder Bildungsveranstaltungen teilnehmen. Doch auch finanziell ist ihre Mobilität und somit Möglichkeit zur Teilnahme am Kinder- und Jugendprogramm eingeschränkt – bei einem wöchentlichen Taschengeld von 10-20 Euro.¹ Zu guter Letzt fehlt es an Räumen, in denen jugendliche Geflüchtete sich selbstorganisiert aufhalten und Freizeit und/oder Weiterbildung gestalten können.

Neben den geringen Mitteln, die den Jugendlichen selbst zur Verfügung stehen, findet auch die Finanzierung der Kinder- und Jugendverbandsarbeit aktuell auf Basis der bestehenden, seit Jahren kaum veränderten und knappen Mittel statt. Zusätzliche, dringend notwendige Mittel werden nicht zur Verfügung gestellt und begrenzen damit die Möglichkeiten im Feld der integrativen/inkluisiven Jugendarbeit.

Aufgrund unserer Erfahrungen in den letzten Monaten schlagen wir, das Frankfurter Jugendbündnis, deshalb folgende Punkte vor und fordern von der Stadt Frankfurt, sich dafür einzusetzen:

1. Bedingungslose Aufhebung der Residenzpflicht für Minderjährige wie für Erwachsene
2. Einen kostenlosen Zugang zum ÖPNV
3. Bereitstellung und Finanzierung geeigneter selbstverwalteter Räume seitens der Stadt Frankfurt für jugendliche wie für erwachsene Geflüchtete (in Unterstützung des Project Shelters)
4. Vereinfachter Zugang zu den Angeboten der Jugendverbände, d.h. Entbürokratisierung und Aufstockung der finanziellen Mittel für Jugendverbände – orientiert am Beispiel des Landesjugendrings Berlin (Projekt: „Jung, Geflüchtet, Selbstbestimmt“)

Unterzeichner*innen:

Bund Deutscher Pfadfinder_innen
SJD – Die Falken
Naturfreundejugend Frankfurt a. M.
DRK Frankfurt a. M.
Interkulturelles Jugendforum Frankfurt
Schüler_innenbündnis Frankfurt

Kontakt: jugendbuendnis_ffm@bdp.org
Facebook: www.facebook.com/jugendbuendnis

¹ Je nach Alter erhalten Kinder und Jugendliche ein monatliches Taschengeld zwischen 84€ und 92€ (vgl. AsylbLG §3). Allerdings bekommen Minderjährige je nach Einrichtung meist nur einen Bruchteil davon wöchentlich ausgezahlt.